

Niedersachsen Liberal

FDP

Niedersachsen

EDITORIAL



Dr. C. Ratjen-Damerau MdB

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,

auf dem letzten Parteitag in Lüneburg bin ich zur neuen Generalsekretärin gewählt worden. Ich danke Ihnen allen noch einmal für das entgegengebrachte Vertrauen.

In meiner Amtszeit möchte ich mich vor allem einem Vorhaben widmen, das bereits von unserem Landesvorsitzender Philipp Rösler angekündigt wurde: **Wir niedersächsischen Liberale werden die anstehende Wahlkampfpause für eine inhaltliche Schärfung unseres Profils nutzen.** In diesem Sommer überarbeiten wir daher unser Grundsatzprogramm aus Bad Rothenfelde. Damit stehen wir Niedersachsen nicht alleine. Auf Bundesebene beginnt die Programmdebatte ebenfalls in Kürze.

Ich vertrete die Auffassung, dass wir als niedersächsische FDP Differenziertheit wagen und Entschlossenheit zum eigenen Weg erkennen lassen sollten. Dabei müssen wir nicht für alles Patentlösungen anbieten, sondern können Raum für Entwicklungen lassen. Sich nur auf die konservative Mitte zu verlassen wird auf Dauer unserer Liberalen Grundeinstellung nicht gerecht. Liberal heißt auch, Fehler eingestehen können bzw. Entwicklungen der Vergangenheit neu zu konzipieren.

Auf Bundesebene wollen wir die Diskussion inhaltlich mit gestalten und dem Bundesprogramm eine deutliche niedersächsische Handschrift geben. Auf Landesebene werden wir die Debatte mit den Fachausschüssen, dem liberalen Vorfeld und den Kreisverbänden führen. Wir brauchen ein aussagekräftiges Programm, für das wir Ihre Unterstützung benötigen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Ihre

Dr. Christiane Ratjen-Damerau

PARTEI



Freiheit, Eigenverantwortung und Gerechtigkeit

– Im Diskurs über Liberale Werte

Dr. Christiane Ratjen-Damerau freut sich über lebhaftere Diskussionen zum neuen Grundsatzprogramm.

■ **Demografischer Wandel, neuer Extremismus und Virtualisierung von Leben und Arbeiten** – das sind nur drei der vielfältigen Probleme, auf die der Liberalismus in Zukunft neue Antworten geben muss. Deswegen wollen wir erneut diskutieren, was Freiheit, Eigenverantwortung und Gerechtigkeit für uns als niedersächsische Liberale bedeutet.

Ihre Meinung ist gefragt

Wir wollen Ihre persönliche Idee zum Liberalismus und Ihre Meinung zur Gestaltung der Zukunft von Niedersachsen erfahren. Es geht nicht um „richtig“ oder „falsch“. Vielmehr wollen wir – im wahrsten Sinne des Wortes – noch freier werden für neue Strukturen und innovative Denkweisen.

► Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2.

LANDESVERBAND



PARTEI

Neue Mitgliederkampagne für die FDP Niedersachsen

Vier freche Motive spielen klug und pointiert mit gängigen Vorurteilen und sprechen gezielt jungen Frauen und die Generation 50+ an.

■ **Nach den turbulenten Wahlkampfjahren** 2008 und 2009 wollen wir in diesem Jahr neben unserer Arbeit am Grundsatzprogramm mit einer Neumitgliederkampagne unsere Orts- und Kreisverbände bei ihrer alltäglichen Gewinnung von neuen Mitgliedern unterstützen.

Wachstumspotenziale nutzen

Wir werben mit unserer Kampagne einerseits bei jungen Frauen sowie andererseits der Generation 50+ um Unterstützung für unsere Partei. Gerade in diesen Personenkreisen haben wir niedersächsischen



Liberalen noch großes Wachstumspotenzial. Ihre Kreativität und Gestaltungskraft wollen wir in unser Parteileben einbinden.

Vier starke Motive

Dazu haben wir vier Motive entwickelt, in denen wir mit gängigen Vorurteilen gegenüber Liberalen spielen. Genau hier setzen wir mit unserer Neumitgliederkampagne an.



► Lesen Sie mehr dazu auf Seite 2.

LANDESVERBAND

INHALT

PARTEI

- 01 Landesverband
Diskurs über liberale Werte
- 01 Landesverband
Neue Mitgliederkampagne
- 08 FDP BV- Südniedersachsen
Neuer Vorsitzender

WIRTSCHAFT & FINANZEN

- 02 Bundestag
Klare Ziele - Euro-Stabilisierung
- 03 Ministerien
Niedersachsen - schnelles Internet
- 04 Landtag
Versagen des Glücksspielvertrags
- 08 Liberaler Mittelstand
Marktanreizprogramm

BILDUNG

- 04 Landtag
Die Zukunft - offene Hochschulen

UMWELT

- 03 Ministerien
Niedersächsischer Küstenschutz

GESELLSCHAFT

- 05 Bundestag
Zivildienstverkürzung
- 05 Liberale Frauen
Neue Landesvorsitzende
- 06 Junge Liberale
Neuer Vorstand
- 07 Liberale Senioren
Sorge vor Rezession

MEDIEN

- 04 Landtag
Interaktiv - Neue Website

ENTWICKLUNGSPOLITIK

- 05 Bundestag
Neue Ziele

RECHTSPOLITIK

- 07 Vereinigung Liberaler Juristen
Neuer Vorstand

KOMMUNALPOLITIK

- 07 VLK
Kommunales Verfassungsrecht

EUROPA

- 06 FDP im Europaparlament
ALDE-Seminare

RUBRIKEN

- 01 Editorial
- 02 Argumente
- 03 Nachgefragt
- 04 Lesetipps
- 05 Aus dem Nähkästchen
- 06 Personelles
- 07 Nachruf
- 08 Termine & Impressum

ARGUMENTE

Sparpaket

Deutschland hat jahrelang über seine Verhältnisse gelebt und sich durch Schulden finanziert. Diese Entwicklung wurde durch die Wirtschafts- und Finanzkrise noch einmal verschärft. In den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden klaffen deshalb riesige Löcher. Wozu das führen kann, zeigt das

Beispiel Griechenland. Aufgrund seiner verantwortungslosen Haushaltspolitik hat der Finanzmarkt dem Land sein Vertrauen entzogen.

Das von der Bundesregierung auf den Weg gebrachte Sparpaket...

... ist **Erstens ein Bekenntnis zum Generationenvertrag**, indem es durch Schuldenabbau unseren Kindern einen handlungsfähiger Staat hinterlässt.

... **behindert Zweitens das Wirtschaftswachstum in Deutschland nicht**, da es auf Steuererhöhungen verzichtet sowie vor allem die Kernenergiewirtschaft in die Verantwortung nimmt.

... **fördert Drittens die Gestaltung eines beschäftigungsfreundlichen Sozialsystems**. In Zukunft werden Sozialleistungen nicht mehr das Niveau von Netto-Arbeitseinkommen erreichen.

... **setzt Viertens umweltpolitische Akzente**, indem es einerseits eine Abgabe auf den Luftverkehr erhebt und andererseits das CO2-Gebäudesanierungsprogramm weiterhin fördert.

Das Sparpaket ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Deutschland braucht mittel- und langfristige umfassende Reformen, die in dieser Legislaturperiode noch in Angriff genommen werden.

Nähere Informationen zum Sparpaket der Bundesregierung finden Sie unter: <http://www.fdp-fraktion.de/Argumente/261c70/index.html>

„Freiheit, Eigenverantwortung, Gerechtigkeit“ Fortsetzung von Seite 1

Mit einer Kreisvorsitzenden-Konferenz Ende September beginnt der Diskurs um unser neues Grundsatzprogramm. Dann können Sie auch unter www.fdp-niedersachsen.de sowie in den Kreis- und Ortsverbänden mitdiskutieren und sich einbringen.

In der zweiten Jahreshälfte finden in den niedersächsischen Gliederungen außerdem Bürgerrunden zu den wichtigsten Grundsatzthemen statt, um die Diskussion zu vertiefen. Ein erster Entwurf des neuen Grundsatzprogramms soll bis zum Ord. Landesparteiabend im nächsten Jahr fertig sein, die endgültige Fassung auf einem außerordentlichen Parteitag Ende 2011 nach der Kommunalwahl beschlossen werden.

Das neue Grundsatzprogramm

Das neue Grundsatzprogramm ist kein Rezeptbuch für den politischen Alltag. Es wird unser Kompass sein, der uns Orientierung bietet. und der

den Liberalismus thematisch in einen größeren Kontext stellt als dies in der täglichen Berichterstattung bisweilen möglich ist. Unser neues Grundsatzprogramm ist ein Angebot an die Menschen in Niedersachsen: Es zeigt auf, was uns antreibt und was für eine Gesellschaft wir anstreben.

Das Grundsatzprogramm lebt von Ihrer Beteiligung.

Es sind Ihre Ideen, Ihre Visionen und Ihre Hoffnungen für Niedersachsen, die sich darin widerspiegeln sollen. Deshalb bitte ich Sie auch ganz persönlich, machen Sie mit und setzen Sie Ihre Akzente! Ich freue mich auf die lebhafteste Diskussion mit Ihnen. ■

**Mit liberalen Grüßen
Ihre Dr. Christiane Ratjen-Damerau**

„Neumitgliederkampagne“ Fortsetzung von Seite 1



Das Material zu unserer Neumitgliederkampagne können Sie über uns in der Landesgeschäftsstelle

Sie von uns Wahlkampfgutscheine in Höhe von 10 Euro pro Neumitglied, die Sie bei den kommenden Kommunalwahlen in Werbemittel eintauschen können. ■

Dr. Christiane Ratjen-Damerau MdB



WIRTSCHAFT & FINANZEN

Wir müssen aus der Krise lernen – schnell!

Bundestagsabgeordneter Patrick Döring hat klare Ziele zur Stabilisierung des Euro vor Augen.

■ **Seit dem Zusammenbruch** der Lehman-Bank im Herbst 2008 kommt die Welt nicht zur Ruhe. Die gegenwärtige Krise des Euro hat ihre Ursache vornehmlich in der immensen Verschuldung und mangelnden Wettbewerbsfähigkeit vieler europäischer Staaten. Eine Entwicklung, an der Deutschland durch die Abkehr von den Leitgedanken der Sozialen Marktwirtschaft nicht unschuldig ist. Denn es war die Regierung Schröder, die maßgeblich die Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes von Maastricht betrieben und damit die stabilen Fundamente der gemeinsamen Währung untergraben hat. Das rächt sich heute.

Deutschland und Frankreich seit 2003 nicht mehr Gralshüter einer stabilen Währung.

Sorge um die Stabilität des Euro

Die in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise explodierende Neuverschuldung, vor allem in Griechenland, Portugal und Spanien, führte an den Märkten zu berechtigten Zweifeln an der dauerhaften Refinanzierungsfähigkeit der Staaten der Eurozone und zu Sorgen um die Stabilität des Euro. Speku-



lative Exzesse verschärften die Situation an den Märkten, der Interbankenhandel und der Staatsanleihemarkt drohten zum Erliegen zu kommen. Die ordnungspolitisch sinnvollste Lösung – eine geordnete Insolvenz überschuldeter Staaten – war der Europäischen Union dabei verbaut. Dies hätte die Glaubwürdigkeit der Währungsunion schwer erschüttert und zu massiven Zinserhöhungen und Euro-Abwertung geführt und die Stabilität zahlreicher Banken, Versicherungen und Rentenfonds bedroht, die in Folge der Finanzkrise bereits stark geschwächt waren. Diese hoch komplexe Situation muss vor Augen haben, wer die politischen Entscheidungen der vergangenen Tage und Wochen verstehen und bewerten will. Vor allem aber muss die Politik schnell die richtigen Schlüsse ziehen, wenn wir nicht eine Wiederholung der Krise provozieren wollen.

Unsere Ziele als Liberale sind:

1. Schnell die Staatsverschuldung senken.

Die Euro-Länder haben zum Teil bereits beeindruckende Sparprogramme aufgelegt. Wir müssen Verstöße gegen die Stabilitätskriterien aber frühzeitiger und konsequenter sanktionieren. Es darf keinen Ermessensspielraum mehr geben, der zur Aufweichung der Regeln einlädt.

2. Die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union stärken.

Die Kritik, die deutsche Wirtschaft sei zu stark und destabilisiere durch die Exportüberschüsse den Euro, ist falsch. Im globalen Wettbewerb werden die Euro-Länder nur bestehen können, wenn die Schwächen sich ein Vorbild am Stärkeren nehmen, nicht umgekehrt.

3. Bessere Kontrolle und transparentere Organisation der Finanzmärkte.

Der Finanzsektor muss an den Kosten der Krise beteiligt werden (durch Bankenabgaben und/oder Finanzaktivitätssteuer). Besonders spekulative Anlagen müssen eher verboten als besteuert werden (Regulierung statt Transaktionssteuer).

4. Ein stabiler Krisenmechanismus für die Euro-Zone.



Patrick Döring MdB

Der Euro-Schutzschirm muss befristet bleiben. Als dauerhafte Einrichtung würde er das Risiko der Anleger und Spekulanten auf den Steuerzahler abwälzen und die EU zu einer Transfer-Union mit einem Länderfinanzausgleich machen. Zudem muss ein geordnetes Insolvenzverfahren für Staaten entwickelt und mit Stress-Tests für Banken kombiniert werden, um Stabilitätsrisiken im Bankensektor frühzeitig erkennen zu können. Auf die Europäische Union und die Bundesregierung wartet in den kommenden Wochen, Monaten und Jahren eine riesige Aufgabe. Oberstes Ziel der FDP in der christlich-liberalen Koalition müssen stabile Haushalte und gesundes Wachstum ohne starke Inflation in der EU sein. Wir müssen aber auch selbst mit gutem Beispiel vorangehen: Die Konsolidierung des Bundeshaushalts und eine gute Ordnungspolitik für nachhaltiges Wirtschaftswachstum müssen zum Kernprojekt unserer Regierung werden. ■

Patrick Döring MdB

■ BUNDESTAG





Jörg Bode MdL

Schnelles Internet für Niedersachsen

Der niedersächsische Wirtschaftsminister Jörg Bode: „Über 100.000 Haushalte in Niedersachsen erhalten schnelle Internetanschlüsse.“

■ **Die Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen** gehört heute wie ein Strom- oder Wasseranschluss zu einer modernen Infrastruktur. Nach einer umfangreichen und deutschlandweit einmaligen Erhebung schätzen wir, dass etwa 40% der besiedelten Fläche Niedersachsens unter 2 MBit/s angebunden ist. Das ist langsamer als ein üblicher DSL-Anschluss. Es ist das erklärte Ziel der Landesregierung, so viele Haushalte wie möglich auf den Stand von mindestens 2 MBit/s zu bringen.

Breitbandvorhaben werden gefördert

Aus dem Konjunkturprogramm II fördert das Land in verschiedenen Regionen Niedersachsens Breitbandvorhaben. So wurde gerade der Zuschlag für den Ausbau in Südniedersachsen, Heide und Nordwest-Niedersachsen, den so genannten Breitband-Clustern, erteilt.

Weg für flächendeckenden Ausbau von schnellem Internet ist geebnet.

Die Breitbandversorger werden hier mehr als 100.000 neue Anschlüsse schaffen. Die eingesetzte Förderung beläuft sich auf insgesamt 24 Mio. Euro, die durch 36 Mio. Euro an Investitionen auf Seiten der Anbieter ergänzt werden. In der Summe fließen also 60 Mio. Euro in den Breitbandausbau. Dieses Förderinstrumentarium stärkt den Wettbewerb und bietet für die bis Ende 2011 angeschlossenen

Gebiete leistungsfähige Internetzugänge.

Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft

Dieses in Deutschland bisher einmalige Vorgehen bei der Förderung des schnellen Internetzugangs erweist sich als Erfolgsmodell. Die Planungssicherheit der Anbieter für ein größeres Gebiet führt zu Effizienzsteigerungen bei den eingesetzten Fördergeldern. Zeit- und Planungsvorteilen zeigen eine höhere Erschließungsleistung im Vergleich zu kleinen Einzelmaßnahmen. Diese intensive Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft wird in den nächsten Jahren fortgesetzt, um das Ziel der flächendeckenden Breitbandanbindung zu erreichen. Außerdem haben Kommunen in den Gebieten außerhalb der drei Breitband Cluster die Möglichkeit, Anträge auf Förderung zu stellen. Da-



STICHWORT

Warum ist die Erschließung so schwierig?

Unter der Internetadresse www.breitband-niedersachsen.de sind die Ergebnisse der Erhebung als Karte dargestellt. Es ist sofort zu erkennen, dass die „weißen Flecken“ über das ganze Land verstreut sind und sich nicht zusammen fassen lassen. Das bedeutet schwierigere Erschließung und damit hohe Kosten! Ausbaumaßnahmen sind für die Unternehmen schnell unrentabel. Deshalb erlaubt die Europäische Kommission in den unterversorgten Gebieten die finanzielle Förderung des Breitbandausbaus.

für stellt die Landesregierung noch einmal rund 20 Millionen Euro zur Verfügung. Die ersten Wettbewerbe um die Mittel laufen bereits. ■

Jörg Bode MdL

Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Nachgefragt

In dieser Rubrik werden Sie künftig über www.fdp-nds.de Fragen stellen können. Sie bestimmen dabei selbst, welche Ihrer Fragen in der nächsten Ausgabe erscheint.

Eine **Finanztransaktionssteuer (FTT)**, soll auf jeden einzelnen Handel (Finanztransaktion) erhoben werden, ganz gleich ob Wertpapiere oder Devisen, ob börslich oder außerbörslich gehandelt. Dadurch werden vor allem kurzfristige und kleine Geschäfte unattraktiv. Je nach Höhe des Steuersatzes, beispielsweise 0,05%, könnte sich der Staat laut Schätzungen über zehn bis 36 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen freuen.

Als Hauptkritikpunkt wird meist der Mehrwertsteuercharakter dieser Steuer angeführt, da durch die Besteuerung vor allem Kleinanleger betroffen sind. Eine FTT unterscheidet nämlich nicht zwischen einer Einzahlung für eine Riester Rente, Lebensversicherung oder einer börslichen Bewegung wie etwa einem Wertpapiergeschäft. Sie wird nämlich einer Mehrwertsteuer im Handel auf die Kunden abgewälzt werden und verliert dadurch ihre Daseinsberechtigung, „gute“ Finanzgeschäfte gegenüber „schlechten“ zu fördern. Als ungesichert gilt zudem, ob eine FTT zur Entschleunigung der Investitionsgeschäfte auf den Finanzmärkten beitragen kann. Es steht vielmehr zu befürchten, dass sie die Nervosität der Marktteilnehmer erhöht da gerade Spekulationen mit kleinsten Entwicklungen beruhigend auf die Märkte wirken.

Eine **Finanzaktivitätssteuer**, wie sie der Internationale Währungsfonds vorschlägt, soll auf Gewinne von Finanzunternehmen sowie auf Gehälter und Boni von Managern erhoben werden. Dadurch wird der Anreiz geschaffen, die Vergütung in Finanzunternehmen stärker auf langfristige Erfolge auszurichten und riskante Geschäfte unattraktiver zu machen. Hierfür wird meist ein Steuersatz von zwei Prozent angesetzt, wobei die geschätzten Einnahmen jedoch weit unter denen einer FTT liegen.



Hans-Heinrich Sander MdL

Schutz der Ostfriesischen Inseln als Teil des niedersächsischen Küstenschutzes

Im Niedersächsischen Ministerium für Klima und Umweltschutz sorgt sich Hans-Heinrich Sander um die Waterkant

■ **An Niedersachsens Küsten schützen Deiche und Sperrwerke** mehr als 14% der Landesfläche vor Sturmfluten und Hochwasser und somit den Lebens- und Wirtschaftsraum von rund 1,2 Millionen Menschen. Sie bewahren auch wichtige Wirtschaftsstandorte und vielfältige Kultur- und Naturlandschaften. Küstenschutz und die Deichsicherheit an der Nordsee sind daher Schwerpunkte meiner Umweltpolitik. Dies gilt insbesondere für die sieben Ostfriesischen Inseln. Diese sind einerseits bedeutende Tourismusstandorte. Andererseits sind die Inseln selber durch ihre Lage ein wichtiger Schutz für die Festlandküste.

Generalplan Küstenschutz für Festland und Inseln

Bereits 2007 haben wir den Generalplan Küstenschutz für das Festland vorgelegt. Darauf aufbauend

wurde nun der Generalplan für die Inseln erstellt, den ich am 27. Mai den Vertretern der Inselgemeinden und der Öffentlichkeit vorgestellt habe. Damit sorgen wir für den Fall eines Meeresspiegelanstiegs vor. Beim Bau von Schutzanlagen an der Küste und auf den Inseln berücksichtigen wir ein Vorsorgemaß von 50 cm für den Meeresspiegelanstieg der kommenden 100 Jahre. Bei massiven Bauwerken in der Deichlinie wie Sielen oder Schöpfwerken ist eine Nacherhöhung von bis zu einem Meter möglich.

Vorsorge für den Anstieg des Meeresspiegels bis zu 50 cm in den nächsten 100 Jahren.

Als Schutz vor Erosion werden Sandaufspülungen als naturnaher Küstenschutz zukünftig an Bedeutung gewinnen. Hierfür werden auch Sandentnahmen aus dem

Küstenvorfeld erforderlich sein, die Priorität vor anderen Nutzungen haben müssen. Dabei ist eine wirtschaftliche und inselnahe Kleibeschaffung anzustreben – in Abstimmung mit Naturschutz und Raumordnung. Auch die massiven Schutzanlagen auf den Inseln bleiben ein wichtiger Bestandteil des Küstenschutzes. Mit dieser Strategie können wir auf zukünftige Entwicklungen flexibel reagieren.

Finanzierung ist eine gewaltige Zukunftsaufgabe

Die Finanzierung der erforderlichen Maßnahmen ist eine gewaltige Zukunftsaufgabe von lokaler, nationaler aber auch europäischer Bedeutung. Die Küstenländer haben bereits erreicht, dass der Bund mehr Küstenschutzmittel zur Verfügung stellt. Angesichts der auf absehbare Zeit schwierigen Haushaltslage des Bundes und der Länder muss in Zukunft im Rahmen

der verfügbaren Mittel für einen effektiven und nachhaltigen Insel-schutz gesorgt werden, ohne dabei das Festland zu vernachlässigen.

2010 investieren wir 66,6 Mio. Euro in den Schutz der Küsten. 10 Mio. Euro davon auf den Inseln.

Um einen Überblick über die Aufgaben im Küstenschutz zu erhalten, ist zudem die Erstellung weiterer Teilpläne für die Schutzdeiche im Tidegebiet hinter den Sperrwerken und die zweite Deichlinie auf dem Festland erforderlich. Auch diese Deiche müssen systematisch erfasst werden. Somit wird eine Gesamtstrategie vorliegen, die die belastbare Grundlage für unser Handeln in den kommenden Jahrzehnten bildet. ■

Hans-Heinrich Sander MdL
Niedersächsischer Minister für Umwelt und Klimaschutz



LESETIPPS

.....
Matt Ridley:
Die Biologie der Tugend (1999)

Matt Ridley zeichnet in seinem lesenwerten Buch ein ausgesprochen positives Bild der menschlichen Natur sowie vom Ursprung von Moral und Tugend. Er verteidigt seine Auffassungen mit evolutionsbiologischen Argumenten. Der Mensch brauche nicht vom Staat zum „Guten“ erzogen werden, dazu sei er als soziales Wesen besser selbst in der Lage.

.....
Ludwig von Mises:
Human Action (1949), Nationalökonomie (1940)

In diesem bahnbrechenden jedoch leider zu wenig beachteten wirtschafts-philosophischen Werk untersucht der österreichische Ökonom Ludwig von Mises die Hintergründe für wirtschaftliches Handeln und die daraus resultierenden Konsequenzen für Wirtschaft und Gesellschaft. Er betont darin, dass die gesamte Wirtschaft das Resultat individuellen Handelns ist, wie die einzelnen Marktteilnehmer agieren, wählen, handeln sowie miteinander konkurrieren und kooperieren.

.....
James Surowiecki:
The Wisdom of Crowds / Die Weisheit der Vielen (2004)

Surowiecki konstruiert in seinem Buch eines der stärksten Argumente für Pluralismus, Vielfalt, Demokratie und eine unabhängige Presse. Es erläutert eindrücklich die Probleme einer „Nichtzentralisierung allen relevanten Wissens“ (Hayek) und die damit einhergehende Problematik, Experten zu stark zu vertrauen. Er argumentiert, dass die kollektiven Entscheidungen der oft für dumm gehaltenen Masse (Gustav le Bon) besser als die von Experten sind.

BILDUNG



Almuth von Below-Neufeldt Mdl.

■ **Wer kein Abi hat**, sich aber im Job bewährt und seinen Meister gemacht hat, kann in Niedersachsen bald an einer Hochschule studieren.

Dazu hat die schwarz-gelbe Koalition im Landtag eine Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes auf den Weg gebracht. Das Stichwort lautet: Offene Hochschule. Wer sich im Berufsleben Kompe-

Hürden abbauen, Chancen eröffnen

Die wissenschaftspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion Almuth von Below-Neufeldt sieht die Zukunft in der „offenen Hochschule“.

tenzen erworben hat, sollte sich auch an der Uni weiterqualifizieren können.

Berufserfahrung als Qualifikation für das Studium.

Für Almuth von Below-Neufeldt steht fest: „Es geht darum, Hürden abzubauen und neue Chancen zu eröffnen. Die Öffnung wird für alle Studenten und die Hochschulen eine Bereicherung sein!“

Das Studium fördern

Und es soll sich noch mehr ändern – FDP und CDU wollen das Studieren stärker fördern. Geplant ist, dass Hochschulen Stipendien für starkes ehrenamtliches Engagement vergeben können. Außerdem werden Studierende mit mindestens zwei Geschwistern das Studendarlehen zinsfrei bekommen. „Damit unterstützen wir kinderreiche Familien, wenn es um die Ausbildung des Nachwuchses geht“, sagt von Below-Neufeldt.

Die Politik muss auf die Folgen des demographischen Wandels und den steigenden Bedarf an Fachkräften reagieren. Die Antworten darauf: Mehr Durchlässigkeit, bessere Studienbedingungen und mehr Differenzierungen. Wir machen die Unis fit für die Zukunft. Langfristig profitiert davon auch der Wirtschaftsstandort Niedersachsen. ■

Almuth von Below-Neufeldt Mdl

WIRTSCHAFT & FINANZEN

„Der Glücksspielstaatsvertrag hat versagt“

FDP-Fraktionschef Christian Dürr will Konzessionen für private Anbieter.

■ **Dem Land sind Millionen verloren gegangen und gleichzeitig boomt der Schwarzmarkt für Sportwetten.** „Der Glücksspielstaatsvertrag hat auf ganzer Linie versagt“, meint FDP-Fraktionschef Christian Dürr. „Das Land muss 1,3 Milliarden Euro einsparen und lässt sich gleichzeitig Beträge im hohen zweistelligen Millionenbereich entgehen – das passt nicht.“

Berechnungen zufolge entgehen Niedersachsen 70 Millionen Euro im Jahr.

Der Glücksspielstaatsvertrag funktioniert nicht

Der Vertrag sollte seit 2008 dafür sorgen, das Glücksspiel in geordnete Bahnen zu lenken. Doch das Gegenteil ist der Fall. Beispiel Sportwetten: Während der staatliche Anbieter Oddset durch das Werbeverbot immer mehr an Boden verliert, laufen inzwischen 95% der Sportwetten auf dem Schwarz- und Graumarkt ab.

„Das Geld fließt in illegale Kanäle und an ausländische Anbieter.“

Auch in Bezug auf die Spielsucht gebe es keinen messbaren Erfolg. Den FDP-Fraktionsvorsitzenden wundert das nicht: „Der Vertrag umfasst nur einen Teilbereich des gesamten Glücksspielmarktes – allerdings sind es ausgerechnet die Bereiche, bei denen es nur ein geringes Suchtpotenzial gibt.“

Drei Ziele für die Zukunft

Im Herbst soll über die Zukunft des Vertrages entschieden werden. Dürr plädiert dafür, seriösen privaten Betreibern Konzessionen zu erteilen. Für den FDP-Fraktionschef



Christian Dürr Mdl.

muss ein neuer Vertrag drei Ziele beinhalten: Spielerschutz gewährleisten, unsinnige Werbeverbote wieder aufheben und die Einnahmen nicht mehr auf dem Schwarz- und Graumarkt versickern lassen. ■

Christian Dürr Mdl

MEDIEN

Die FDP-Fraktion wird interaktiver

Das ist neu auf unserer Website und bei Facebook

■ **Kommunikation** ist keine Einbahnstraße – erst recht nicht in der Politik. Deshalb öffnet die FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die Türen jetzt weit für mehr Online-Diskussionen. Dazu wurde die Internetseite der Fraktion überarbeitet.

Das Ergebnis:

Auf der Website wurde ein Fenster des sozialen Netzwerks Facebook eingerichtet. Außerdem gibt es jetzt jede Woche eine neue Umfrage. Sollte die GEZ abgeschafft werden?

Oder: Was ist vom Kauf einer CD mit den Daten von Steuerbetrüggern zu halten? Mit der Umfrage wird die Website nicht nur interessanter – die Umfrageergebnisse sind auch für die Arbeit der Fraktion von Interesse.

Mit der Facebook-Seite der FDP-Fraktion ergeben sich gleichzeitig viel mehr Möglichkeiten der Inter-



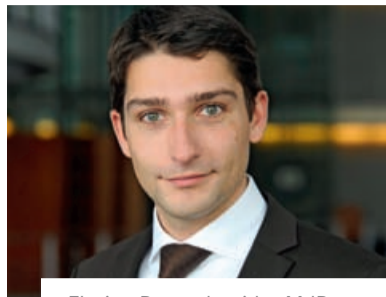
aktion. In Diskussionsforen geht es um aktuelle Themen und viele Links verweisen auf Pressemitteilungen der Fraktion oder Artikel, die wir Ihnen weiterempfehlen wollen. Zahl-

reiche Fotos bieten Einblick in den Alltag unserer Fraktion.

Besuchen Sie uns unter www.fdp-fraktion-nds.de oder www.facebook.de/fdpfraktionnds.

Klicken Sie sich durch, diskutieren Sie mit uns und geben Sie uns weitere Anregungen – wir freuen uns auf Ihre Reaktionen! ■

Martin Brüning



Florian Bernschneider MdB

Die Zivildienstverkürzung – Chance für die Freiwilligendienste

Bundestagsabgeordneter Florian Bernschneider sieht in der Verkürzung von Wehrpflicht und Zivildienst ein deutliches liberales Zeichen.

■ **Mit der Einigung der Koalition** zur Verkürzung der Wehrpflicht und des Zivildienstes auf sechs Monate setzen wir ein deutliches liberales Zeichen. Ein weiterer Schritt weg von Pflichtdiensten hin zu mehr Freiwilligkeit. Durch die freiwillige Verlängerung des Zivildienstes können die Dienstleistenden eine biografische Lücke zwischen dem Ende ihres Zivildienstes und dem Beginn von Ausbildung oder Studium schließen. Diese Verlängerung darf

jedoch erst – wie von der FDP gefordert – zwei Monate nach Dienstantritt vereinbart werden. So wird verhindert, dass einzelne Träger von Anfang an Druck auf die Dienstleistenden ausüben, einer Verlängerung zuzustimmen.

Der für uns Liberale wichtige Punkt der Arbeitsmarktneutralität wird stärker fokussiert.

Auch deswegen wird die Option der freiwilligen Verlängerung wird nach

einem Jahr evaluiert. Die Verkürzung der Wehrpflicht ist als Chance zur Stärkung der Freiwilligendienste zu verstehen. Schließlich ist der Zivildienst an den Wehrdienst gekoppelt. Entfällt der politisch wie juristisch umstrittene Wehrdienst, gäbe es auch keinen Zivildienst mehr. Der demografische Wandel fordert von uns aber, die Unterstützung junger Menschen im Sozialbereich sicherzustellen. Die Freiwilligendienste sind von staatlichen Strukturen unabhän-

gig und bieten jungen Frauen wie Männern die Möglichkeit, sich für die Gesellschaft zu engagieren. Schon jetzt gibt es mehr Bewerber für einen Platz im Freiwilligendienst als es Zivildienstleistende gibt; aber nur für jeden 3. gibt es einen geförderten Platz. Um dieses Potenzial zu nutzen, wird noch im Juni ein Konzept zur Stärkung der Freiwilligendienste erstellt und so ein weiterer liberaler Akzent gesetzt. ■

Florian Bernschneider MdB

Neue Ziele der Entwicklungspolitik

Für die niedersächsische Generalsekretärin und Bundestagsabgeordnete Dr. Christiane Ratjen-Damerau ist Entwicklungszusammenarbeit eine globale Struktur- und Friedenspolitik.

■ **Im Bundesministerium** für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat ein liberaler Umdenkungsprozess stattgefunden: Echte Partnerschaft statt Bevormundung, ehrliche Kritik in allen Fragen statt Beschönigung menschenrechtlicher Verstöße und tatsächliche Hilfe zur Selbsthilfe statt Schaffung von Abhängigkeiten.

Galt es früher hauptsächlich Notlagen zu vermindern, hat sich die Entwicklungspolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts – auch durch die Anschläge vom 11. September – verändert. Sie soll helfen, Krisen und

Konflikte friedlich zu bewältigen, die knappen Ressourcen gerechter zu verteilen und unsere Umwelt auch für die nächsten Generationen zu bewahren. Und sie soll helfen, die weltweite Armut zu verringern.

„Als Politikerin kann ich thematisch an meine früheren Berufsfelder anknüpfen.“

Nach dem Studium der Agrarwissenschaften war ich im Fachbereich „Internationale Agrarentwicklung“ der TU Berlin tätig. Als Landwirtschaftsdirektorin für den nieder-

sächsischen Futtermittelkontrolldienst verantwortlich. Heute bin ich als Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss u.a. für ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern zuständig.

Seit meinem Eintritt in die FDP im Wendejahr '89 trete ich mit Freude und Leidenschaft für eine liberale Politik ein. Als Kreisvorsitzende der FDP-Oldenburg und Mitglied im Landesvorstand konnte ich mich



Dr. Christiane Ratjen-Damerau MdB

auf meine jetzige Aufgabe vorbereiten, die mich mit 55 Jahren tatsächlich noch einmal nach Berlin führt. Im März wurde ich zur niedersächsischen Generalsekretärin gewählt. Jetzt kam ich als Abgeordnete in den Deutschen Bundestag, durch den Wechsel von Carl-Ludwig Thiele in den Vorstand der Bundesbank. In der kommenden Zeit werde ich Partei und Gesellschaft anhören und Weichen für die kommenden Wahlen stellen. ■

Dr. Christiane Ratjen-Damerau MdB



Dr. Silke Fricke

Wechsel an der Spitze: Silke Fricke neue Landesvorsitzende

Agneta Achterberg gibt Vorsitz nach nur einjähriger Amtszeit aus gesundheitlichen Gründen zurück, bleibt aber stellvertretende Vorsitzende.

■ **Am Samstag, den 8. Mai 2010** fand die diesjährige Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen Niedersachsen statt. Gut 30 Frauen versammelten sich im Mercure Hotel Hannover-Mitte.

Für die Liberalen Frauen bedeutete

diese Mitgliederversammlung einen Wechsel an der Spitze. Agneta Achterberg gab ihren Vorsitz nach nur einjähriger Amtszeit aus gesundheitlichen Gründen zurück. Zur neuen Vorsitzenden wurde Silke Fricke gewählt. Die Liberalen Frauen freuten sich

über den Besuch des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und stellv. Ministerpräsidenten, Jörg Bode MdL und des Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion Christian Dürre MdL. Beide freuten sich, dass die Liberalen Frauen in der niedersächsischen FDP im vergan-

genen Jahr durch viele Aktionen positiv wirken konnten und erinnern besonders an den gelungenen Auftritt auf dem Landesparteitag in Lüneburg. ■

Dr. Silke Fricke Landesvorsitzende

FDP-Fraktion rennt schneller als der Koalitionspartner

Kein Liberaler in Niedersachsen rennt schneller um den Maschsee in Hannover als Matthias Wantia. Der Grundsatzreferent der Landesgeschäftsstelle unterstützte in diesem Jahr die FDP-Landtagsfraktion beim Behördenmarathon. Seine Zeit: 26:10 Minuten. Damit landete er im ersten Viertel von insgesamt knapp 1.100 Läufern. Alle Achtung! Die weiteren Läufer der FDP-Fraktion: Björn Försterling, Gero Hocker, Tobias Liebsch, Nadine Passenheim, Patrick Schlupp und Juliane Topf. Auf den gelben T-Shirts stand der Leitspruch der Fraktion: „Ihre Freiheit. Unser Auftrag“. Am Ende wurde



das Team „Die Freiheitsläufer“ in der Gesamtrechnung 144. Aber noch viel wichtiger: Das FDP-Team landete einen Rang vor der CDU-Landtagsfraktion. Ob bei den Kollegen der CDU jetzt hektische Trainingsaktivitäten für den Marathon im kommenden Jahr einsetzen, ist nicht bekannt... Gerannt wurde für den guten Zweck. Für jeden Läufer gingen fünf Euro direkt an den AWO Kinderfonds Bezirksverband Hannover. Der Kinderfonds fördert und unterstützt zum Beispiel Projekte zur Prävention von Kinderarmut.

Der wichtigste Hinweis geht nach dem Marathon an alle Langfinger in Niedersachsen: Auf den ersten Marathon-Plätzen landeten folgende Teams: Polizeiakademie Niedersachsen, Landeskriminalamt Niedersachsen, Polizeidirektion Hannover. Unseren Polizisten läuft keiner davon...die besten Chancen hätte da vielleicht noch Matthias Wantia...

Fotos vom Behördenmarathon finden Sie auch im Internet – besuchen Sie das Facebook-Profil der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag.

Martin Brüning

NÄHKÄSTCHEN

PERSONELLES



Carl-Ludwig Thiele

Der erste liberale Niedersachse im Bundesbankvorstand

Einen weniger turbulenten Start im Vorstand der Deutschen Bundesbank hätte er sich schon gewünscht: Die Griechenland-Krise, die sich zur Euro-Krise ausgewachsen hat, bescherte Carl-Ludwig Thiele einen stressigen Arbeitsbeginn im Leitungsgremium der deutschen Notenbank.

Seit Mai 2010 ist Carl-Ludwig Thiele Mitglied des Bundesbankvorstands, an dessen Spitze Bundesbankpräsident Prof. Dr. Axel Weber steht. Für die Zentralbereiche Bargeld, Zahlungsverkehr und Abwicklungssysteme zeichnet der 56jährige verantwortlich. Aufgaben mit internationalem Bezug, die für jeden von uns eine geradezu lebensnotwendige Bedeutung haben.

Nach 20 Jahren als Bundestagsabgeordneter der FDP für den Wahlkreis Osnabrück wurde Carl-Ludwig Thiele von der Bundesregierung am 3. März 2010 für das Amt vorgeschlagen. Nachdem der Bundesbankvorstand Thieles fachliche Eignung bestätigt hatte, ernannte ihn Bundespräsident Dr. Horst Köhler zum Vorstand der Deutschen Bundesbank. Thiele ist damit dort der erste niedersächsische Liberale.

Sein Bundestagsmandat hat Carl-Ludwig Thiele dafür niedergelegt. Ihm folgte die Generalsekretärin der FDP Niedersachsen Frau Dr. Christiane Ratjen-Damerau aus Oldenburg-Stadt direkt nach. Da die Deutsche Bundesbank und ihr Vorstand unabhängig sind, ist Thiele von allen weiteren Funktionen in seiner Partei zurückgetreten, wie dem stellvertretenden Vorsitz im FDP-Landesverband Niedersachsen, dem Vorsitz im FDP-Bezirksverband Osnabrück, der Arbeit im Bundesvorstand der Liberalen und dem stellvertretenden Vorsitz in der Bundestagsfraktion. **Die FDP ist und bleibt meine politische Heimat, erklärt Thiele.** Deshalb bleibe er weiterhin Mitglied der FDP.

EUROPA



ALDE-Seminare im Europäischen Parlament

Gesine Meißner organisierte die Konferenz „A 2020 Gender Perspective for the EU & Turkey“.

Ein Video der türkischen Kampagne „Papa, schick mich in die Schule!“ veranschaulicht die Bedeutung von Ungleichheit. Wenn die Kinder dem Lehrer ihr „burda“ entgegen rufen, klingt das „hier“ der Mädchen statt aus dem Klassenzimmer vom Traktor, aus dem Stall oder gar zögerlich im Brautkleid von zu Hause.

Trotz der Fortschritte in der Gender-Politik sind Frauen weiterhin stark benachteiligt.

Gezeigt wurde der Film auf der Konferenz „A 2020 Gender Perspective for the EU & Turkey“, die von der ALDE-Abgeordneten Diana Wallis und mir gemeinsam organisiert wurde. Auf der Veranstaltung verwiesen Vertreter von türkischen Menschenrechtsorganisationen wie KAGIDER und der Europäischen Kommission zwar

auf erzielte Fortschritte im Bereich der Gender-Politik, verdeutlichten aber dass Frauen insbesondere im Arbeitsleben weiterhin stark benachteiligt sind - nicht zuletzt auf Grund des oftmals geringen Bildungsstandes. Zudem deutet das Brautkleid in dem Video bereits das Thema der Zwangsheirat an, die viele Mädchen bereits in jungen Jahren in eine weitgehende Isolation führt. Besonders besorgniserregend sind aber die noch immer vorkommenden Ehrenmorde an Mädchen und Frauen.

EU Beitrittsbemühungen haben in der Türkei bereits vieles verändert.

Die Veranstaltung zeigte deutlich, dass die Beitrittsbemühungen in der Türkei bereits viele Veränderungen bewirkt haben. Gleichzeitig besteht aber weiterhin Handlungsbedarf und die



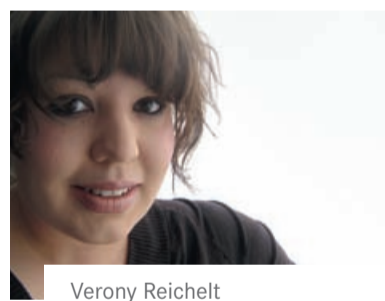
Für die FDP in Brüssel: Gesine Meißner MdEP

Notwendigkeit Gender-Politik nach der auslaufenden „Roadmap for equality between women and men“ auf europäischer Ebene engagiert fortzuführen, um das gemeinsame Ziel einer Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu erreichen.

Gesine Meißner
MdEP



GESELLSCHAFT



Verony Reichelt

Junge Liberale wählen neuen Vorstand und legen Arbeitsprogramm fest

Die Jungen Liberalen Niedersachsen sind in ein neues Amtsjahr gestartet.

■ **Im Mittelpunkt** der kommenden Monate stehen die Themen Bildung bzw. Bürgerrechte, eine Aktionswoche zum Thema Datenschutz und der runde Geburtstag der JuLis Niedersachsen.

Landeskongress und Neuwahlen

Die Jungen Liberalen Niedersachsen haben auf ihrem 59. Landeskongress in Hannover unter anderem einen neuen Vorstand gewählt. Mit rund 200 Teilnehmern war der Kongress sehr gut besucht. Alter und neuer Landesvorsitzender ist der 26-jährige Bad Iburger Matthias Seestern Pauly. Organisator Oliver Olpen (21, Hannover), als auch Schatzmeister Felix Bensmann (25, Hasbergen) und Pressesprecherin

Verony Reichelt (30, Wolfsburg) wurden im Amt bestätigt. Neuer Programmleiter ist David Piotrowski (26, Göttingen). Den Vorstand vervollständigen die vier Beisitzer Tanju Satiloglu (22, Delmenhorst), Niklas Drexler (20, Hannover), Charlotte Winkler (22, Osnabrück) und Christian Rademaker (23, Bad Bentheim).

Klausurtagung

Vom 30. April bis 2. Mai traf sich der neugewählte Landesvorstand in Göttingen zur Klausurtagung, um die Eckpunkte der Arbeit im laufenden Amtsjahr festzulegen. Schwerpunkte werden dabei die Bereiche Bildung und Bürgerrechte sowie die organisatorische und inhaltliche

Vorbereitung auf die Kommunalwahl 2011 sein.

Aktionswoche Datenschutz

Aktuell bereiten die JuLis eine Themenwoche Datenschutz vor, die Ende August stattfinden wird. Die Bereiche staatliche Überwachung (z.B. Videoüberwachung), Arbeitnehmerdatenschutz (z.B. ELENA) und der Umgang mit dem Datenschutz im Internet (z.B. Social Networks) sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Im Rahmen von Informations- und Diskussionsplattformen soll über das sensible Thema Datenschutz gesprochen werden. Als Auftakt wird eine Podiumsdiskussion stattfinden, an der unter anderem der

niedersächsische Landesdatenschutzbeauftragte, Joachim Wahlbrink, teilnimmt. Darüber hinaus soll es ein Werbemittel und eine Kampagnen-Homepage geben.

Eine runde Sache: JuLis werden 30 Jahre!

Der nächste Landeskongress wird übrigens ein ganz besonderer sein. Im November feiern die JuLis Niedersachsen nämlich ihr 30-jähriges Jubiläum. Hierfür bereiten die Jungen Liberalen einige ganz besondere Überraschungen für die Teilnehmer des 60. Landeskongresses vor. ■

Beitrag von Verony Reichelt, stv. Vorsitzende der Jungen Liberalen Niedersachsen

JUNGE LIBERALE



Recht und Freiheit – Die Vereinigung Liberaler Juristen in Niedersachsen e. V. mit neuem Vorstand



Die Mitglieder der VLJ erarbeiten und verbreiten liberale Rechtsvorstellungen für unsere Gesellschaft.

■ **Die Vereinigung Liberaler Juristen in Niedersachsen e. V. (VLJ)** hat auf ihrer Mitgliederversammlung im April einen neuen Vorstand gewählt. Als Vorsitzender im Amt bestätigt wurde Peter Kimmel aus Springe. Zu seinen Stellvertretern wählte die Mitgliederversammlung Erika Garraway aus Hannover und Dr. Stefan Birkner aus Garbsen. Joachim Moritz ist als Schatzmeister weiterhin für die Finanzen des Vereins verantwortlich und

Marc Y. Wandersleben fungiert als Schriftführer. Dr. Johannes Kevekordes und Dr. Klaus Rottmann vervollständigen den Vorstand als Beisitzer. Über 50 Juristinnen und Juristen aus Anwaltschaft, Justiz, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung haben sich mittlerweile zusammengefunden. Bei regelmäßigen Treffen werden aktuelle Themen der Innen- und Rechtspolitik besprochen und Kontakte geknüpft und gepflegt.

Vorträge am 23. August und am 26. Oktober 2010.

So findet am 23. August in Hannover eine Vortrag mit dem Niedersächsischen Justizminister Bernd Busemann zu aktuellen Fragen der Rechtspolitik statt und am 26. Oktober folgt eine Veranstaltung mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Herrn Prof. Dr.

Papier zu dem Thema „Glaube und Recht“.

Die Mitgliedschaft in der VLJ steht allen offen, die eine juristische Staatsprüfung abgelegt haben, einen juristischen akademischen Titel erworben haben oder Studierende der Rechtswissenschaften sind. Gäste sind stets willkommen. Informieren Sie sich auch auf dem neuen Internetauftritt www.vlj-niedersachsen.de. ■

Dr. Stefan Birkner

Die Sorge vor Rezession und um die Renten geht um

Gerd-Dietrich Tiefensee vertritt die Interessen der Liberalen Senioren.

■ **Was sich seit etwa 2 Jahren** auf den weltweiten Kapitalmärkten abspielt, kann der Normalbürger nach Inhalt und Tragweite überhaupt nicht begreifen. Von einer in der Geschichte nie dagewesenen Finanzkrise ist die Rede, von der schwersten Wirtschaftskrise seit den 60er Jahren wird gesprochen, und nun ist auch noch eine EURO-Krise ausgebrochen.

Die Staaten müssen finanziell stützen – zu Lasten der Steuerzahler?

Um die Banken zu stützen, der Wirtschaft wieder auf die Beine zu hel-

fen und das EU-Land Griechenland nicht „abschmieren“ zu lassen, intervenieren die Staaten mit bisher unvorstellbaren, in die Billionen gehenden Summen, die im schlimmsten Falle eines Tages die Steuerzahler abzutragen haben. Trotz äußerer Ruhe und Gelassenheit sind die Menschen in ihrem Inneren durch diese Ereignisse tief getroffen und mehr als irritiert. Sie fürchten sich vor diesen Krisen, sie haben einfach Angst: Angst vor dem Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz, Angst um den Bestand etwa ihrer Renten, Angst vor der Armut. Auffallend ist, sie reden öffentlich

nur wenig darüber, sie wehren sich nicht lautstark gegen das, was ihre Ängste auslöst und schürt. Rentner spüren die Auswirkungen der Krisen bereits direkt. Dabei sind deren Ursachen real, wie etwa die Rentner es mit mehreren Nullrunden, Praxisgebühr, Zuzahlung für Medikamente und eigenem Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung schon am eigenen Leibe verspürt haben. Es wird Zeit, die verursachenden Probleme angemessen zu lösen. Wenn schon unvorstellbare Summen in die Rettung von Banken und bankrotte Staaten investiert werden, muss aus der



Gerd-Dietrich Tiefensee

Sicht der LIBERALEN SENIOREN auch Gleichwertiges für das persönliche Wohl und Wehe der Menschen getan werden. ■

Gerd-Dietrich Tiefensee
Landesvorsitzender der
LIBERALEN SENIOREN

Durchbruch mit „optionalen Einheitslisten“

FDP fasst auf Antrag der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Niedersachsen e.V. (VLK) Beschluss zum neuen kommunalen Verfassungsrecht.

■ **Insbesondere die Möglichkeit** mit optionalen Einheitslisten bei den Wahlen antreten zu dürfen, ist ein Durchbruch, der vielen Kandidaten vor Ort helfen wird. Künftig können die Parteien wählen, ob sie in jedem Wahlbereich mit einer separaten Liste oder mit einer gemeinsamen Liste für alle Wahlbereiche antreten.

Als erfreulicher Nebeneffekt nimmt eventuell auch die Tendenz zur Kirchturnspolitik ab, da die jeweilige Gebietskörperschaft als Ganzes

gesehen wird und nicht nur der jeweilige Wahlbereich.

Eine Liste für alle Wahlbereiche.

Beschlossen wurde auch, dass einzelne Zuständigkeiten des Rates auf den Hauptausschuss bzw. die Fachausschüsse übertragen werden können. Künftig sind Fachausschüsse nicht nur beratend für den Rat tätig, sondern können abschließend über bestimmte Sachverhalte ent-

scheiden. Daneben werden die Ortsräte in ihrer Entscheidungskompetenz gestärkt; Ortsvorsteher sollen künftig direkt gewählt werden. Den Vorsitz in der Vertretung darf nicht mehr der Hauptverwaltungsbeamte haben; der Hauptausschuss tagt grundsätzlich ratsöffentlich. Des Weiteren steht im Beschluss des Lübecker Landesparteitages, dass die Vertretung ein Selbstauflösungsrecht in dem Fall bekommt, dass eine durch ¾-Ratsmehrheit eingeleitete Abwahl des Hauptverwaltungsbeamten bei den Bürgern scheitert. Die Eigenverantwortung der Kommunen wird dadurch gestärkt, dass nicht alle Regelungen, beispielsweise im Bereich der Ladungsfristen, im Gesetz vorgegeben

werden. Das Entschädigungsrecht soll vereinfacht werden und öffentliche Bekanntmachungen sind künftig auch via Internet möglich. Zu guter Letzt soll das Wahlverfahren nach Hare/Niemeyer durchgängig zur Anwendung kommen, also auch bei der Zuweisung der Ausschussvorsitze. Die Forderungen an die FDP-Landtagsfraktion sollen in den Verhandlungen mit dem Koalitionspartner CDU zu den entsprechenden gesetzlichen Regelungen führen, die dann spätestens zur nächsten regulären Kommunalwahl in 2011 zum Tragen kommen. ■

Jörg Hille, Geschäftsführer der VLK Niedersachsen
vlk@joerghille.de



Lisa Peters †

Eine Region trauert um die Buxtehuder FDP-Politikerin Lisa Peters †

Unser liberales Urgestein wird uns sehr fehlen

Ein Nachruf von Wolfgang Ehlers zum Tod von Lisa Peters

Lisa Peters

ist am 9. Mai im Alter von 76 Jahren nach längerer Krankheit gestorben. Sie war Trägerin des niedersächsischen Verdienstkreuzes am Bande und des Bundesverdienstkreuzes am Bande. Mit Lisa hat uns eine Politikerin verlassen, die sich vier Jahrzehnte für die Belange der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt hat. Ihre große Lebenserfahrung, ihre erfrischende Art, auf Menschen zuzugehen, sowie ihre konsequente und kompetente Weise, politische Aufgabe zu lösen, werden uns fehlen. Lisa mochte die Menschen und die Menschen mochten sie. Sie war ein Markenzeichen in der politischen Landschaft an der Niederelbe und erhielt Anerkennung auch über Parteigrenzen hinaus. Sie verstand es, Generationen zusammenzuführen und Nachwuchspolitikern zu motivieren, sich mit Mut und Engagement für ihre Sache einzusetzen, auch wenn es mal unbequem wurde. Legendär sind Lisas Faxen an Minister und Abgeordnete, wenn etwas nicht rund lief, ebenso wie ihre Gastfreundschaft bei vielen Treffen auf ihrem Hof in Eilendorf bei Buxtehude. Irgendwann sind wir alle ihrem ländlichen Charme einmal erlegen: Lisa wi dankt di von Harten!

Wolfgang Ehlers
Kreisvorsitzender KV Stade

GEBURTSTAGE

Geburtstage Juli

02.07.1918 Hans Henning Bess
92 Jahre Goslar

02.07.1918 Elfriede Gösmann
92 Jahre Osnabrück

23.07.1918 Walter Kellner
92 Jahre Emsland

23.07.1920 Werner Knoop
90 Jahre Northeim

24.07.1930 Walter Elb
80 Jahre Wesermarsch

25.07.1930 Heinz Judel
80 Jahre Hannover

27.07.1930 Heinrich Windhorst
80 Jahre Diepholz

31.07.1930 Manfred Ehlers
80 Jahre Helmstedt

Geburtstage August

03.08.1920 Irmgard Melz
90 Jahre Hannover

03.08.1912 Elda Tegtmeyer
98 Jahre Wilhelmshaven

05.08.1930 Christa Jägersberg
80 Jahre Hannover

07.08.1930 Karlhans A. Simnoch
80 Jahre Osnabrück-Land

10.08.1925 Werner Rauhut
85 Jahre Hannover

15.08.1925 Gerda Pippig
85 Jahre Braunschweig

17.08.1925 Gunther Gustafsen
85 Jahre Lüneburg

28.08.1925 Ruth Schöne
85 Jahre Wesermarsch

29.08.1930 Dieter Gunkel
80 Jahre Hannover

Geburtstage September

06.09.1925 Margrit Gawlik
85 Jahre Hannover

16.09.1925 Alwine Artz
85 Jahre Vechta

16.09.1930 Harry Sanders
80 Jahre Wesermarsch

20.09.1920 Friedrich Moje
90 Jahre Cuxhaven

20.09.1930 Karl Niekamp
80 Jahre Wesermarsch

20.09.1930 Karl-Heinz Scheland
80 Jahre Diepholz

20.09.1915 Dr. med. Ernst-
August Wilkening
95 Jahre Hannover

WIRTSCHAFT & FINANZEN

Haushaltssperre für
Marktanreizprogramm sofort aufheben!

Liberaler Mittelstand unterstützt die Forderung der niedersächsischen Bundestagsabgeordneten.

Der Mittelstand leistet auch in diesem Jahr seinen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft in schwierigen Zeiten. Laut einer aktuellen Konjunkturumfrage des ZDH unter 23.300 Betrieben rechnen 79% der Betriebsinhaber mit einer befriedigenden bis guten Geschäftsentwicklung. Gründe dafür sind vor allem die bessere Auftragsentwicklung, die Impulse aus dem kommunalen Investitionsprogramm und die für den Konsum wichtige Arbeitsmarktlage. Der Geschäftsklimaindex macht im Vergleich zum Vorjahresquartal einen Sprung um 8,5% auf 74 Punkte und liegt damit nur noch knapp unter dem Niveau vor der Wirtschaftskrise. Grundlage dieser Einschätzungen ist natürlich, dass die Handlungsebenen für die Unternehmen so bleiben wie sie verabredet sind.

Förderungen tragen erste Früchte: Positive Signale jetzt nicht im Keim ersticken!

Gleitender Übergang statt abrupter Stopp

Gerade erst hat die Bundesregierung die Bedingungen für das Kurzarbeitergeld bis 2012 fortgeschrieben,

um einen gleitenden Übergang in den erwarteten Aufschwung zu schaffen. Der gleitende Übergang ist aber auch für Impulse des Konjunkturpakets II notwendig, die mittelständische Betriebe stützen. Das gilt für die Sicherstellung der Finanzierung der Betriebe, das gilt auch für die öffentlichen Investitionen. Die Vergabe der geförderten öffentlichen Investitionen darf Ende des Jahres nicht wie durch ein Fallbeil gestoppt werden. Betriebe müssen die Aufträge auch noch bis ins kommende Jahr abarbeiten können. Jetzt das Marktanreizprogramm (MAP) im Bundeshaushalt mit einer qualifizierten Haushaltssperre zu belegen, konterkariert zudem alle Pläne der Bundesregierung, den Anteil der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich auf 14% zu steigern.

Investitionen in erneuerbare Energien sind mit Faktor 1:7 besonders erfolgreich.

Im Altgebäudebestand ist die Förderung durch Investitionszuschüsse dringend notwendig. Solange die Erneuerbaren Energien im Wärmebereich eine deutlich höhere Investitionssumme voraussetzen, die sich erst über die Jah-

re rechnet, wird sich daran auch nichts ändern.

Investitionen zahlen sich bereits aus

Eine Haushaltssperre ist umso verständlicher, als der Fiskus in den Jahren 2002 bis 2008 durch die mit 1,2 Mrd. € geförderten Investitionen eine Umsatzsteuer in Höhe von 1,6 Mrd. € zu verzeichnen hat. Die unvorhersehbare und unangekündigte Streichung der Förderung von einem Tag auf den anderen ist deshalb auf keinen Fall hinnehmbar, zumal es auch völlig ungewiss ist, wie viele der bereits beantragten, aber noch nicht ausgezahlten Förderungen nicht mehr bedient werden.

Im Vertrauen auf Beschlüsse der Bundesregierung haben Mittelständler ihre Zukunft geplant.

Der Liberale Mittelstand unterstützt deshalb die Forderung der niedersächsischen FDP-Bundestagsabgeordneten nachhaltig, die Haushaltssperre für das Marktanreizprogramm seriös finanziert schleunigst aufzuheben. Mehr zum Liberalen Mittelstand erfahren Sie unter:

www.liberaler-mittelstand.org

Friedhelm Pietschmann

PARTEI

Christian Grascha ist neuer Vorsitzender des
FDP-Bezirksverbandes Südniedersachsen

Als Nachfolger von Heinrich Fockenbrock will Christian Grascha die Belange der Bevölkerung in die praktische Regierungsarbeit tragen.

Die Delegierten des Bezirksparteitags der südniedersächsischen Liberalen wählten den 31-jährigen Einbecker einstimmig zum Nachfolger von Heinrich Fockenbrock (Hameln). Fockenbrock hatte das Amt interimistisch ein Jahr lang inne.

Christian Grascha ist parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Ratsherr und stellvertretender Bürgermeister der Stadt Einbeck sowie Vorsitzender der Freien Demokraten im Landkreis Northeim.

Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Christiane Brunk (Göttingen, stellvertretende Vorsitzende); Hermann Grupe (Eschershausen, stellvertretender Vorsitzender), Si-

gurd Hille (Hattorf, Schatzmeister), Claudius Weisensee (Einbeck, Schriftführer), Otto Worm (Beisitzer, Hann. Münden), Burghard Papendiek (Beisitzer, Scharfoldendorf), Friedrich Klages (Beisitzer, Holzminden-Negenborn) und Dr. Lutz Knopek, MdB (Beisitzer, Göttingen).

Der Bezirksverband, der die Landkreise Göttingen, Hameln-Pyrmont, Holzminden, Osterode und Northeim repräsentiert, sei mit einem Minister, zwei Landtagsabgeordneten und einem Bundestagsabgeordneten gut in den Parlamenten und der Regierung vertreten, so Grascha. Diesen Einfluss wolle man nutzen, um die Belange der Bevölkerung in die praktische Regierungsarbeit zu tragen. Im Hinblick auf

die aktuelle Diskussion über den Sozialstaat machte Christian Grascha seine Haltung unmissverständlich klar: „Wir müssen die Mittelschicht stärken“ und mit Blick auf die Kritiker fragte er: „Wenn nach Meinung der Oppositionsparteien schon kein Geld für Steuererleichterungen da sei, woher sollte es dann das von ihnen geforderte Geld für Hartz-IV-Erhörungen geben?“ Die FDP werde jedenfalls immer an der Seite derjenigen stehen, die mit ihrer harten Hände Arbeit für den Wohlstand in Deutschland sorgen und an der Seite derjenigen, die sich bemühen, Arbeit zu finden, aber die Unterstützung der Gesellschaft benötigen. ■

Claudius Weisensee

TERMINE

Friedrich Naumann Stiftung
Veranstalter RB Hannover

„Einheit in Freiheit“ -
20 Jahre gesamtdeutsche
liberale Partei
31. August 2010 um 19:00 Uhr
Kuppelsaal der Stadt Hannover

Vernissage „Horst Köhler:
Der Mensch, der Präsident“
15. August 2010 um 11:00 Uhr
Die Rudolf von Bennigsen-Stiftung
und der Verein der Freunde und
Förderer der Rudolf von
Bennigsen-Stiftung
Historisches Museum Hannover

TERMINE

Termine des
Landesverbandes

Vortrag „Das neue
Gesundheitssystem - stabil,
gerecht und transparent.“
15. Oktober 2010
von 12-13.30
Vortrag von Dr. Philipp Rösler
in der Congress Union Celle

IMPRESSUM

FDP
Niedersachsen

Freie Demokratische Partei
Landesverband Niedersachsen

Walter-Gieseck-Str.22
30159 Hannover

V.i.S.d.P.: Dr. Christiane
Ratjen-Damerau

Eine aktuelle Anzeigenpreisliste
schicken wir Ihnen gerne zu.

Telefon 0511 - 280 71-0
Telefax 0511 - 280 71-25
E-Mail nds@fdp.de
Internet www.fdp-nds.de
Auflage 7.200 Exemplare

Grafik inpur, Hamburg
www.inpur.de

Druck altmann-druck GmbH
Berlin-Köpenick

Fotos
FDP Fraktion Nds. (2 Stück)
FDP Landesverband Nds. (17 Stück)
Bildnachweis
Seite 1: © A-Digit - iStockphoto
Seite 1: © enjoynz - iStockphoto
Seite 1: © Creativeeye99 - iStockphoto
Seite 2: © Talaj - iStockphoto
Seite 3: © skynesh - iStockphoto
Seite 6: © ra-photos - iStockphoto